

Außenpolitik im Berichtsjahr (Mai 1999 - April 2000)

von
Christian Wagner

Einleitung

Die Außenbeziehungen Indiens wurden im Berichtsjahr vor allem von zwei Ereignissen geprägt: Im regionalen Bereich war es die Kargilkrise mit Pakistan von Mai bis Juli 1999, im internationalen Kontext stand der Besuch von US-Präsident Bill Clinton im März 2000 im Vordergrund.

1 Die regionale Ebene

1.1 Die Beziehungen zu Pakistan

1999 hatte mit der Lahore-Erklärung im Februar einen hoffnungsvollen Auftakt für die indisch-pakistanischen Beziehungen gebracht. Mit der Kargilkrise wandte sich allerdings das bilaterale Verhältnis wieder um 180 Grad, sodass anstelle der verstärkten Annäherung ein nicht erklärter Krieg die Beziehungen zwischen beiden Ländern bis auf das Äußerste belastete. Anfang Mai wurde eine indische Armeepatrouille in der Nähe des Ortes Batalik im indischen Jammu & Kaschmir in ein Feuergefecht mit Eindringlingen aus dem pakistanisch besetzten Teil Kaschmirs verwickelt. Mehrere Hundert kaschmirische

Freischärler und Freiwillige aus Afghanistan hatten sich auf Bergzügen des Kargilsektors zwischen Batalik und dem Dras-Tal festgesetzt. Sie verfügten über modernste Waffen, wie Stinger-Abwehrraketen, und Kommunikationsmittel. Durch ihre Position konnten die Eindringlinge die strategisch wichtige Verbindungsstraße nach Leh kontrollieren. Experten gingen davon aus, dass Pakistan dadurch bei den Gesprächen mit Indien über den Siachen-Gletscher einen wichtigen „bargaining chip“ in der Hand hätte.

Es folgte ein zehnwöchiger, allmählich eskalierender Krieg, bei dem es der indischen Armee gelang, die von den Eindringlingen besetzten Gebiete unter hohen Verlusten wieder zurück zu erobern. Die indische Armee versuchte einerseits, militärischen Druck auszuüben und die Eindringlinge von ihren Nachschublinien abzuschneiden. Diese Kämpfe führten auch zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit pakistanischen Truppen, die ihrerseits zu Gunsten der Eindringlinge eingriffen. Andererseits suchte die indische Regierung eine politische Lösung mit Pakistan, damit Islamabad die Eindringlinge zum Rückzug veranlasse. Dabei wiederholten sich zugleich die altbekannten Rituale zwischen Indien und Pakistan im Hinblick auf ihr Vorgehen in Kaschmir. Während Pakistan eine internationale Vermittlung und ein Eingreifen der Vereinten Nationen forderte, wurde dies von indischer Seite kategorisch abgelehnt. Die indische Regierung favorisierte hingegen einen bilateralen Ansatz, doch verliefen die Gespräche der Außenminister am 12. Juni in Delhi ergebnislos. Vor der Gefahr einer möglichen nuklearen Eskalation der beiden Atommächte versuchte die internationale Gemeinschaft mäßigend auf die Kampfparteien einzuwirken. So forderten die Europäische Union und die G-8-Staaten in ihren Erklärungen u.a. die Einstellung der Kampfhandlungen und den Rückzug der Eindringlinge hinter die Waffenstillstandslinie.

Die Kargilkrise entwickelte sich vor allem für Pakistan zu einem Problem. Während die pakistanische Regierung darauf verwies, dass es sich bei den Eindringlingen um kaschmirische Freischärler handele, die nicht von Islamabad aus kontrolliert würden, wurde rasch deutlich, dass diese Aktion ohne die logistische Unterstützung der pakistanischen Armee nicht hätte durchgeführt werden können. Zudem konnten gefallene Freischärler pakistanischen Truppenteilen zugeordnet werden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die Vorbereitungen für diese Aktion bereits während des Treffens der Premierminister in Lahore im Februar 1999 in vollem Gang gewesen sein mussten.

Da die pakistanische Regierung keine Unterstützung bei ihren engsten Verbündeten China und den USA für eine internationale Vermittlung erhielt, sagte der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif bei seinen Gesprächen

in den USA Anfang Juli mit der US-Regierung schließlich den Rückzug der Kämpfer hinter die Waffenstillstandslinie zu. Dies brachte Nawaz Sharif innenpolitisch heftige Kritik ein, und sein Einlenken gegen den Willen der Armee gilt als Hauptgrund für den Putsch der Armee am 12. Oktober 1999. Mit General Musharaff übernahm ein General die Macht, der maßgeblich an der Vorbereitung der Infiltration in Kargil beteiligt gewesen sein soll.

Trotz der militärischen Verluste und der in den Kämpfen offenkundig gewordenen Probleme der Armee ging die indische Regierung eher gestärkt aus der Kargilkrise hervor. Die internationale Gemeinschaft hatte weitgehend die Positionen Indiens unterstützt, und die Regierung nutzte später die Möglichkeit, Pakistan als Unterstützer des internationalen Terrorismus zu brandmarken.

Die Beziehungen zu Pakistan kühlten sich in der Folge deutlich ab. Es folgten kleinere Feuergefechte an der Waffenstillstandslinie in Kaschmir sowie am Runn of Kutsch. Ende September trafen sich der indische und pakistanische Außenminister bei einem Ministertreffen im Rahmen der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC), doch nach dem Militärputsch in Pakistan wurde der für November angesetzte SAARC-Gipfel in Kathmandu zunächst vertagt. Die Entführung einer indischen Passagiermaschine zum Jahreswechsel 2000 brachte eine weitere Verschlechterung der Beziehungen. Kaschmirische Freischärler hatten die Maschine auf ihrem Flug von Kathmandu nach Delhi in ihre Gewalt gebracht und waren nach einem Irrflug schließlich im afghanischen Kandahar gelandet. Nach längeren Verhandlungen ging Indien auf die Forderung der Entführer ein und entließ kaschmirische Freischärler aus indischen Gefängnissen. Indien beschuldigte Pakistan, die Entführer unterstützt zu haben, die sich nach der Beendigung der Geiselnahme z.T. nach Pakistan absetzten. In Reaktion auf die Ereignisse verkündete Verteidigungsminister Fernandes die Militärdoktrin des begrenzten Krieges gegenüber Pakistan („limited war“), und die Regierung erhöhte die Verteidigungsausgaben im Haushalt 2000/2001 um über 28 Prozent.

1.2 Die Beziehungen zu Bangladesch und Sri Lanka

Während sich die Beziehungen zu Pakistan im Berichtsjahr deutlich verschlechterten, verliefen sie zu den anderen Nachbarn, wie Bangladesch und Sri Lanka, weniger spannungsreich. Im Februar 1999 hatten Indien und Bangladesch die Einrichtung einer Buslinie zwischen Kalkutta und Dhaka beschlossen und verlängerten im Laufe des Jahres das Transitabkommen. Gemeinsame

Marinemänover und die Ausbildung von Offizieren aus Bangladesch in Indien unterstrichen die guten Beziehungen. Sporadische Spannungen ergaben sich durch Feuergefechte an der Grenze sowie durch Grenzverletzungen indischer Einheiten, die Guerillagruppen in den nordöstlichen Bundesstaaten über die Grenze nach Bangladesch verfolgten.

Mit der Unterzeichnung des indisch-srilankischen Freihandelsabkommens im Februar 1999, das zum März 2000 in Kraft trat, rückten beide Staaten die wirtschaftlichen Beziehungen in den Vordergrund. Die Eskalation des Krieges zwischen der srilankischen Armee und der tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) im Winter und Frühjahr 1999/2000 brachte erneut die Frage nach einer indischen Intervention auf die Tagesordnung. Dabei ging es um ein Eingreifen Indiens zu Gunsten der srilankischen Armee im umkämpften Jaffna, das jedoch von der indischen Regierung abgelehnt wurde.

2 Die internationale Ebene

2.1 Die indisch-amerikanischen Beziehungen

Im Rahmen seiner Südasiereise besuchte US-Präsident Bill Clinton vom 21. bis 24. März 2000 die Indische Union. Zuvor hatte er sich zu einem eintägigen Besuch in Bangladesch aufgehalten und machte auf der Rückreise einen kurzen Zwischenstopp in Pakistan, der nur wenige Stunden dauerte. Die Reise war der Höhepunkt der seit dem Ende des Kalten Krieges zu beobachtenden Annäherung zwischen beiden Staaten. Seit Ende der achtziger Jahre hatte es bilaterale Arbeitsgruppen und eine Reihe hochrangiger Ministerbesuche gegeben, doch mit dem Besuch Clintons betrat erstmals seit 22 Jahren wieder ein US-Präsident indischen Boden.

Während die beiden größten Demokratien zur Zeit des Ost-West-Konflikts unterschiedliche außenpolitische und ideologische Standpunkte vertraten, haben sie unter den Bedingungen einer multipolaren Weltordnung bessere Anknüpfungspunkte für eine weitergehende Zusammenarbeit gefunden. Die von beiden Regierungen verabschiedete Erklärung „Vision for the 21st Century“ machte die neuen Gemeinsamkeiten deutlich. Politisch standen die gemeinsamen demokratischen Werte und die Einhaltung der Menschenrechte im Vordergrund, wirtschaftlich die Verpflichtung auf die Globalisierung und die Integration in den Weltmarkt, sicherheitspolitisch war es das gemeinsame Feindbild des militanten islamischen Fundamentalismus und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Beide Seiten betonten ihre Verpflichtungen für

die strategische Sicherheit in Asien und setzten sich für die Stärkung der Demokratie ein. Bei strittigen Themen, wie der Nuklearfrage und Indiens Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag (NVV), machten beide Seiten ihre konträren Standpunkte deutlich, die jedoch keine Belastung der bilateralen Beziehungen mehr darstellen.

Neben den offiziellen Verlautbarungen wurden verschiedene Abkommen und die Einrichtung neuer Gremien vereinbart, die die bilaterale Zusammenarbeit in den nächsten Jahren auf eine breite Grundlage stellen sollen. Jährliche Gipfeltreffen und halbjährliche Treffen der Außenminister sollen die politische Zusammenarbeit und den Dialog über Sicherheitsfragen intensivieren. In den Bereichen Wirtschaft, Handel und Finanzen werden zwei ministerielle Kommissionen eingesetzt, um die Zusammenarbeit zu vertiefen. Daneben gibt es eine gemeinsame Kommission mit Industrievertretern und weitere Arbeitsgruppen zu den Bereichen Umwelt und Energie. Mit einer Reihe von Maßnahmen, wie der Senkung von Importzöllen, hat die BJP-Regierung im Gegenzug deutlich gemacht, dass sie an ihrer Politik der Wirtschaftsliberalisierung festhalten wird.

Im Hinblick auf die indisch-pakistanischen Beziehungen forderte US-Präsident Clinton Indien und Pakistan auf, eine Politik der vier „R“ zu verfolgen: „restraint by both sides“, „respect for the LoC“, „renewal of the Indo-Pak dialogue“ und „rejection of violence“. In einem Interview mit dem Fernsehsender ABC ließ er durchblicken, dass die früheren Kaschmirresolutionen der Vereinten Nationen keine Bedeutung mehr für eine mögliche Konfliktbeilegung haben.

Der Besuch Clintons hat die bilateralen Beziehungen zweifelsohne auf eine neue Grundlage gestellt. Trotz der Proteste verschiedener Linksparteien, einiger NGOs und der kritischen Anmerkungen von Präsident Narayanan, der sich deutlich gegen die westliche Dominanz aussprach, herrscht auch unter den größten Parteien Indiens ein breiter Konsens gegenüber der verstärkten Hinwendung zum Westen und den USA. Damit werden zwar die lange Zeit hochgehaltenen Prinzipien der Blockfreiheit weiter unterhöhlt, doch stellt sich im Zeitalter der Globalisierung und Interdependenz die Frage, ob und, wenn ja, welche Gültigkeit diese heute noch haben.

In der US-Außenpolitik hat sich ebenfalls ein Paradigmenwechsel gegenüber den Staaten Südasiens vollzogen. Während Pakistan, nicht zuletzt durch den Militärputsch vom Oktober 1999, weiter an Einfluss verloren hatte, konnte die Indische Union im außenpolitischen Gesamtkonzept der USA deutlich an Bedeutung gewinnen. Die USA unterstützen, noch stärker als zuvor, jetzt die

indische Haltung in der Kaschmirfrage. Indische Kommentatoren beklagten, dass Grundprinzipien indischer Außenpolitik, wie Abrüstung, auf der Strecke geblieben seien, doch zeigte sich, dass Indien in strittigen Punkten, wie der Nuklearfrage, Vorteile für sich verbuchen kann. Die USA haben Indiens Weigerung, internationalen Kontrollregimen beizutreten, sowie sein Beharren auf einer minimalen nuklearen Abschreckung („minimum nuclear deterrent“) anerkannt.

2.2 Die Beziehungen zu Russland, China und Frankreich

Trotz der verbesserten Beziehungen wäre es verfrüht, Indien nun als Juniorpartner der USA zu betrachten. Gerade der kontinuierliche Ausbau der Beziehungen zu Großmächten wie Russland, China und Frankreich zeigt, dass Indien an seiner Politik der Eigenständigkeit festhält und seine neuen außenpolitischen Handlungsspielräume zu nutzen weiß.

Der Besuch des russischen Premierministers Primakow im Dezember 1998 hatte deutlich gemacht, dass auch nach dem Ende des Kalten Krieges eine Reihe gemeinsamer Positionen zwischen beiden Staaten vorhanden sind. Der Besuch von Außenminister Jaswant Singh in Moskau machte die Gemeinsamkeiten zwischen Indien und Russland deutlich, die beide das Vorgehen der NATO gegenüber Jugoslawien strikt ablehnten.

Die Bereiche einer verstärkten Zusammenarbeit umfassen neben wirtschaftlichen Sektoren das Militär und die Rüstungsindustrie, da Indien seit den sechziger Jahren von der Sowjetunion beim Aufbau der Streitkräfte unterstützt wurde. Der Kauf von 300 russischen T-90-Panzern und von russischen AWACS-Flugzeugen von Indien im Frühjahr 2000 machen die weiterhin engen rüstungspolitischen Beziehungen zwischen beiden Staaten deutlich. Während der Kargilkrise stellte sich die russische Regierung demonstrativ auf die Seite Indiens und verurteilte das pakistanische Vorgehen mit scharfen Worten. Russland kritisierte vor allem die pakistanische Unterstützung für die Taliban, da afghanische Freischärler auch im Tschetschenienkrieg die Aufständischen in ihrem Kampf gegen die russischen Truppen unterstützt haben sollen. Der militante islamische Fundamentalismus und der Kampf gegen den Terrorismus bilden somit wichtige gemeinsame politische Grundlagen in den indisch-russischen Beziehungen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe indisch-russischer Arbeitsgruppen zu Fragen wie Wirtschaft, Handel und Energie. Russland bekundete mehrfach, eine strategische Partnerschaft mit China und Indien anzu-

streben, ein Vorhaben, dem man in Indien allerdings eher reserviert gegenüber steht.

Die indisch-chinesischen Beziehungen verliefen im Berichtszeitraum weitgehend störungsfrei. Im April 1999 traf sich die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Erörterung bilateraler Fragen in Peking. Bei ihrer Kritik an der NATO-Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad während des Kosovo-Krieges wurde China von Indien unterstützt, da beide Staaten das Vorgehen des Westens kritisierten. Während der Kargilkrise verhielt sich die Regierung in Peking weitgehend neutral. So versagte die chinesische Führung dem pakistanischen Außenminister Aziz, der vor seiner Reise nach Delhi in Peking Station machte, eine weitergehende Unterstützung und forderte die Beachtung der Waffenstillstandslinien. Der nachfolgende Besuch des indischen Außenministers Singh in Peking im Juni 1999 und der Beginn eines strategischen Dialogs zwischen beiden Staaten machte deutlich, dass die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Staaten trotz der ungeklärten Grenzfragen weiter überwiegen. Die Indische Union hat in den Vorstellungen der chinesischen Führung von einer multipolaren Welt deutlich an Gewicht gewonnen, vor allem gegenüber einer möglichen Dominanz durch den Westen.

Dennoch gibt es auch zwischen Indien und China eine Reihe ungelöster Probleme. Als Erstes sind hier die Grenzfragen oder das chinesische Engagement in Myanmar zu nennen. Die Flucht des 14-jährigen Karmapa Lama von Tibet nach Indien machte erneut auf die Unterdrückung der Tibeter aufmerksam. Allerdings zeigt sich auch hier, dass Indien seine frühere Unterstützung für den Dalai Lama mittlerweile deutlich reduziert hat, um die guten Beziehungen zu China nicht zu gefährden.

Wie sehr sich die Bedrohungsszenarien mittlerweile gewandelt haben, wurde im März 2000 deutlich, als sich die chinesische Regierung für eine kooperative Partnerschaft zwischen China und Indien aussprach, um der Bedrohung aus anderen Teilen der Welt zu begegnen, was als Umschreibung „westlicher Dominanzansprüche“ verstanden werden kann. Die indische Unterstützung Chinas bei der Menschenrechtskonferenz in Genf im April 2000, bei der es nicht zu einer von den USA geforderten Verurteilung der chinesischen Menschenrechtspolitik kam, macht deutlich, dass Indien und China in der damit verbundenen Frage der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eine gemeinsame Politik verfolgen.

Neben den deutlich verbesserten Beziehungen zu China fällt auf, dass sich ebenfalls die indisch-französischen Beziehungen intensiviert haben. Auch hier treffen sich die Interessen zweier Großmächte, die nach neuen Möglichkeiten

der Zusammenarbeit suchen. Im Frühjahr 1999 kam es zu gemeinsamen Militärmanövern der Marine beider Staaten. Dies waren die ersten Manöver eines Mitglieds des UN-Sicherheitsrates nach der Verurteilung der Nuklearversuche im Mai 1998. Frankreich hat vor allem im Rüstungsbereich großes Interesse an Indien, hauptsächlich in Verbindung mit den indisch-russischen Rüstungsvereinbarungen. So liefert Frankreich u.a. verbesserte Navigationssysteme zur Modernisierung der indischen MIG-21.

Die dritte Runde des indisch-französischen Sicherheitsdialogs im Juli 1999 machte die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Staaten offensichtlich. Vor allem Frankreich war es zu verdanken, dass die Stellungnahme der EU und der G 8 zu den Ereignissen in Kargil vor allem die indische Position betonten. Daneben gilt der Energiesektor als wichtiges Feld der Zusammenarbeit, da Frankreich durchaus an einer engeren Kooperation mit Indien auf dem Gebiet der Nukleartechnologie Interesse zeigt. Der Besuch des indischen Präsidenten Narayanan in Paris im April 2000 hat die Bedeutung der indisch-französischen Beziehungen ebenso unterstrichen wie die Ankündigung von Präsident Chirac, Indiens Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN zu unterstützen. Darüber hinaus vereinbarten beide Seiten regelmäßige Gespräche zu Verteidigungsfragen, da beide Staaten z.B. im Indischen Ozean gemeinsame Sicherheitsinteressen verfolgen.

3 Die Perspektiven: Indische Außenpolitik zwischen Eigenständigkeit und Interdependenz

Die indische Außenpolitik balancierte auch im Berichtsjahr geschickt auf dem schmalen Grad zwischen Eigenständigkeit und Interdependenz und konnte ihren Handlungsspielraum bewahren. Während die wirtschaftliche Öffnung und die Notwendigkeit ausländischer Investitionen die indische Wirtschaft seit Anfang der neunziger Jahre deutlich abhängiger und verwundbarer von internationalen Einflüssen gemacht haben, ist der außenpolitische Handlungsspielraum in dieser Zeit eher größer als kleiner geworden.

Es scheint vielmehr, als habe Indien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts deutlich an internationaler Aufmerksamkeit gewonnen. Durch seine Rivalität zu China spielt es als möglicher Verbündeter der USA jetzt eine deutlich größere Rolle als noch zu Zeiten Nehrus. Zugleich bahnt sich mit der indisch-amerikanischen Annäherung eine grundlegende außen- und sicherheitspolitische Neuorientierung („realignment“) zwischen den verschiedenen

Großmächten in Asien an. Dabei wird deutlich, dass die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit jeweils mit verschiedenen Konflikten verbunden sind. Während die USA und China Indien gegenüber gemeinsame Interessen im Hinblick auf ihren Status als Atommacht im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) verfolgen, haben die USA und Indien gemeinsame Interessen gegenüber China. Zugleich richtet sich die Kooperation zwischen Indien und China rhetorisch immer wieder gegen den westlichen Unilateralismus und eine mögliche Einmischung in innere Angelegenheiten, die beide Staaten in Tibet und Taiwan sowie in Kaschmir fürchten. Indien hat aber auch einen neuen Stellenwert in der russischen und französischen Außenpolitik. Beide Staaten fürchten ebenfalls eine allzu große Dominanz der USA im internationalen System, die ihre eigenen Einflussmöglichkeiten einschränken würde.

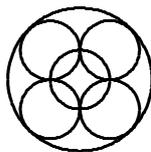
Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2000

Politik
Wirtschaft
Gesellschaft

mit Beiträgen von:

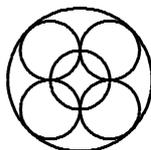
Joachim Betz
Elfriede Bierbrauer
Dirk Bronger
Julia Eckert
Sushila Gosalia
Michael von Hauff
Dagmar Hellmann-Rajanayagam
Clemens Jürgenmeyer
Heinrich Kreft
Citha D. Maaß
Sonja Majumder
Jamal Malik
Dirk Matter
Dietrich Reetz
Jakob Rösel
Hans Christoph Rieger
Dietmar Rothermund
Christian Wagner
Hans-Georg Wieck
Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Dörthe Riedel, Wiebke Timpe
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-239-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2000



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).